

presse

SPD will mehr Rechte für Teilzeitbeschäftigte

Der Bundestag wird heute erstmals über einen Antrag der SPD-Fraktion debattieren, mit dem diese die Rechte von Teilzeitbeschäftigten stärken will. Dazu erklären die Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Arbeit und Soziales Anette Kramme und die zuständige Berichterstatterin Gabriele Hiller-Ohm:

Wir wollen Millionen von Teilzeitbeschäftigten helfen, ihre Arbeitszeit stärker an ihre Wünsche anzupassen. Sowohl das Reduzieren von Stunden als auch das spätere Aufstocken der Arbeitszeit sollen leichter werden. Für beides finden sich bereits Regelungen im Teilzeit- und Befristungsgesetz, deren Durchsetzung scheitert jedoch in der Praxis häufig.

Teilzeitarbeit ist in Deutschland auf dem Vormarsch, inzwischen haben mehr als zehn Millionen Beschäftigte eine Teilzeitstelle. Fast jede zweite berufstätige Frau hat nur eine Teilzeitstelle; von ihren männlichen Kollegen betrifft dies zehn Prozent. Vor allem Frauen leiden darunter, dass nach familienbedingtem Kürzertreten die Rückkehr in Vollzeit oft schwer fällt. Andere möchten weniger arbeiten, scheitern aber am Widerstand ihrer Arbeitgeber.

- Unser wichtigstes Ziel ist die Einführung einer befristeten Teilzeit. Menschen sollen ihre Arbeitszeit für einen fixen Zeitraum reduzieren können und anschließend automatisch Anspruch auf ihre alte Stundenzahl haben.
- Künftig soll ein Arbeitgeber den Teilzeitwunsch eines Mitarbeiters oder einer Mitarbeiterin nur bei dringenden betrieblichen Gründen ablehnen können. Außerdem muss eine Interessenabwägung stattfinden.
- Drittens wollen wir eine vorläufige Vollstreckbarkeit von arbeitszeitrelevanten Urteilen einführen. So soll verhindert werden, dass Arbeitgeber die Umsetzung der Urteile durch Berufung so lange verzögern, bis sie für den Arbeitnehmer obsolet sind.
- Viertens soll die Position von Teilzeitbeschäftigten bei der internen Stellenbesetzung gestärkt werden. Wir wollen deren einstweiligen Rechtsschutz stärken und zudem den Betriebsräten weitreichendere Zustimmungsverweigerungsrechte gegen externe Besetzungen geben.

Mit diesen Änderungen wollen wir dafür sorgen, dass Teilzeitarbeit wieder öfter zur freiwilligen Wahl wird und kein von außen aufgezwungenes Schicksal ist.